



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

10. Dezember 2013

im **Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses, Hauptstraße 27**, in Neckarbischofsheim

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeisterin Tanja **Grether**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**

Verwaltung: Hack, Böhm, Herbold

Es fehlten als entschuldigt: Georg **Zwölfer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 2. Dezember 2013 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 6. Dezember 2013 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zu der Sitzungsniederschrift vom 19. November 2013

Anmerkung zu TOP 11 (Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten). Die Anfragen stellte nicht Frau Schüßler, sondern Frau Kerstin Leporino.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sitzungsniederschrift vom 19. November 2013 zu.

Abstimmung: 14 Ja

02. Brennholzpreise im Winter 2013/2014

hier: Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Tanja Grether begrüßt zu diesem TOP den Revierleiter der Stadt Neckarbischofsheim, Herrn Tobias Dörre, recht herzlich.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass in der letzten Sitzung der Hiebs- und Kulturplan beraten und beschlossen wurde, jedoch die Holzpreise für den Winter 2013/2014 nicht festgelegt wurden. Aus diesem Grund wurde der Tagesordnungspunkt auf die heutige Sitzung genommen. Des Weiteren hätte die Verwaltung gerne vom Gemeinderat die Ermächtigung, dass die Festlegung der Holzpreise als Geschäft der laufenden Verwaltung übertragen wird und sich die Verwaltung jährlich an den Richtwerten des Kreisforstamtes orientiert.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, wie der Preis für das Brennholz festgelegt wird.

Revierleiter Tobias Dörre erläutert, dass die Preise vom Kreisforstamt vorgeschlagen werden. Insbesondere richtet sich der Preis am Industrieholz aus, der in diesem Jahr zwischen 51,00 € und 52,00 € taxiert wurde. Die Zurverfügungstellung von Brennholz ist um zirka 5,00 € teurer, weshalb das Kreisforstamt den Brennholzpreis auf 57,00 € vorgeschlagen hat.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bittet darum, den Beschlussvorschlag der Verwaltung in zwei Teile zu trennen und stellt den Antrag über den Brennholzpreis und die Ermächtigung für die Verwaltung getrennt abzustimmen.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, wie hoch die Prognose für die Nachfrage an Industrieholz in Zukunft sein wird, nachdem bereits im Stadtteil Helmhof das Holz auf Schiffcontainer verladen wird und hier ein ziemliches Chaos entstanden ist.

Revierleiter Tobias Dörre führt aus, dass das Industriestammholz derzeit in den Export geht, da immer weniger Firmen das Buchenholz einschneiden. In Deutschland wird derzeit sehr wenig Buche verarbeitet, bspw. für Buchenparkett oder Buchenmöbel, weshalb der Absatz auf dem Holzmarkt schwer ist.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob der Holzpreis (51,00 €) ab Werk, oder frei Haus ist und ob Brennholz und Industrieholz das gleiche ist.

Revierleiter Tobias Dörre erklärt, dass es verschiedene Stärkeklassen gibt, so dass ein Festmeter auch bis zu 75,00 € erbringt. Brennholz und Industrieholz ist beim Einschlag schon gleichzusetzen, allerdings bei der Verwertung grundverschieden. So wird das Buchenindustrieholz hauptsächlich für die Papierherstellung verwendet. Die Kosten von 51,00 € bzw. 52,00 € betreffen die Bereitstellung im Wald. Für den Abtransport des Holzes kommen noch Kosten hinzu, die jedoch von den Firmen zu tragen sind.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob es stimmt, dass Sägewerke erst nach zwei Jahren das Holz bezahlen müssen.

Revierleiter Tobias Dörre stellt klar, dass nach der allgemeinen Verkaufs- und Zahlungsvorschrift das Zahlungsziel 42 Tage beträgt, dies jedoch von Unternehmen zu Unternehmen etwas variiert werden kann. Zwei Jahre beträgt dieser Zeitraum jedoch nicht.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, wie viele Festmeter Brennholz im Jahresdurchschnitt aus dem Stadtwald Neckarbischofsheim verkauft worden sind.

Revierleiter Tobias Dörre führt aus, dass es sich hier um rund 1.000 Festmeter Brennholz handelt, wobei zu beachten ist, dass hierunter auch das Holz aus dem Staatswald fällt, das in Neckarbischofsheim mit abgesetzt wird. Ohne den Staatswald könnte der Brennholzbedarf nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund wurde von der Verwaltung auch der Vorschlag unterbreitet, den Preis auf 57,00 € für das Brennholz aus dem Stadtwald festzulegen, damit der gleiche Brennholzpreis erhoben werden kann. Im Übrigen ist der Brennholzpreis aus den Staatswaldungen im gesamten Rhein-Neckar-Kreis vom Kreisforstamt vorgeschrieben.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Festsetzung des Brennholzpreises je Festmeter Polterholz für die Wintersaison 2013/2014 auf 57,00 € zu.

Abstimmung: 14 Ja

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass sich die Verwaltung auch künftig an die Vorschläge des Kreisforstamtes halten wird, was die Festlegung des Brennholzpreises betrifft. Aus diesem Grund hätte sie gerne die Ermächtigung, künftig die Holzpreise in Absprache mit dem Kreisforstamt jährlich festzulegen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek erklärt dass die Diskussion gezeigt hat, wie wichtig es den Gemeinderatskollegen es ist, selbst über den Brennholzpreis abzustimmen.

Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Meinung, die Festlegung des Holzpreises im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den Hiebs- und Kulturplan vorzunehmen.

Stadtrat Hans Rossel bemerkt, dass dadurch dem Revierleiter Tobias Dörre ein weiterer Termin im Gemeinderat erspart bleibt.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim ermächtigt die Verwaltung, die künftigen Brennholzpreise mit dem Forstbezirk Kraichgau als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ abzustimmen.

Abstimmung: 8 Ja 6 Nein

03. Beratung über den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2014

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage und Tischvorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Beratung über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf ein spannendes Thema in der heutigen Sitzung ist. Sie verweist auf die Tischvorlage zu diesem TOP in welchem die Breitbandversorgung mit Kosten in Höhe von 275.000,00 € aufgeführt ist. Wenn die Stadt Neckarbischofsheim beim Projekt „fibernet.rnk“ des Rhein-Neckar-Kreises eine der ersten Kommunen sein will, muss bereits im Haushaltsjahr 2014 eine Position eingestellt sein, um eventuell zum Ende des Jahres die Ausschreibung vornehmen zu können. Die vorliegenden Kosten orientieren sich derzeit an dem Angebot, das der Stadt Neckarbischofsheim für den Breitbandausbau (VDSL) von der Telekom vorliegt. Die Abteilung Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises hatte empfohlen, sich vorläufig an diesen Zahlen zu orientieren, wobei sich der fibernet-Ausbau dann auf Glasfaser bezieht und nicht auf Kupfer. Neckarbischofsheim hätte auf jeden Fall schon Mittel eingestellt, um die Maßnahme schnellstmöglich anzugehen.

Zur Errichtung der Photovoltaikanlagen führt Bürgermeisterin Tanja Grether aus, dass die Anlage auf dem Kindergarten im Stadtteil Untergimpfern abgebaut und auf der Tabakscheune im Gewann „Innere Christlingen“ aufgebracht und erweitert werden soll. Des Weiteren soll im städtischen Bauhof eine zweite Photovoltaikanlage installiert werden.

Die neuesten Zahlen für die Zuweisungen aus dem Kindergartenlastenausgleich sind ebenfalls bei der Verwaltung eingetroffen und wurden in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet.

In der letzten Woche fand außerdem ein Gespräch mit dem Kommunalrechtsamt bezüglich der geplanten Kreditermächtigung in Höhe von 500.000,00 € statt. Das Kommunalrechtsamt hat der Stadt Neckarbischofsheim „grünes Licht“ für die Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 750.000,00 € gegeben. Dadurch besteht die Möglichkeit, eine Zuführung zur allgemeinen Rücklage in Höhe von 215.000,00 € vorzunehmen. Zur Zeit sind die Kredite so günstig wie nie, weshalb die Verwaltung die hohe Kreditaufnahme eingeplant hat. Im Haushaltsjahr 2014 besteht die Möglichkeit, viele Investitionen zu tätigen. Bereits im Haushaltsjahr 2015 muss die Stadt Neckarbischofsheim bei den Investitionen „auf die Bremse treten“, da durch die geringeren Zuweisungen und höheren Umlagen der Haushaltsausgleich schwer zu bewerkstelligen ist.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob sich die Errichtung einer Photovoltaikanlage heutzutage noch rechnet und ob es hierfür bereits eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gibt.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung dann vorgenommen wird, wenn die Anschaffung erfolgt.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass es der Verwaltung darum geht, im Haushalt 2014 Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine solche Anlage überhaupt erwerben zu können.

Mit der Einstellung in den Haushaltsplan wird die Photovoltaikanlage noch nicht gekauft. Wenn der Gemeinderat dem Ansinnen zustimmt, eine Anlage zu erwerben wird die Verwaltung für den Beschlussvorschlag entsprechende Angebote einholen, die auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung umfassen.

Stadtrat Rüdiger Knapp möchte heute schon Zahlen haben, ansonsten kann er dieser Position im Haushalt nicht zustimmen.

Der Technische Beschäftigte Roland Herbold fügt hinzu, dass die Konditionen für die Photovoltaikanlage für die Anlage auf dem Kindergarten Untergimpfern bei einer Umsetzung weiterlaufen. Auch ist die Tabakscheune in den Inneren Christlingen für die Aufbringung und Erweiterung der Anlage bestens geeignet.

Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Meinung, dass es in Neckarbischofsheim und den beiden Stadtteilen viele schlechte Straßen gibt, die dringend zu sanieren sind. Bis zu einem Beschluss über den Haushalt möchte er aus diesem Grund entsprechende Zahlen, ob sich die Erweiterung bzw. die Neuerrichtung einer Photovoltaikanlage überhaupt rechnet. Ansonsten ist er der Meinung, die Mittel in Höhe von 75.000,- € der Sanierung von Straßen zuzuführen. Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, ob der Dachstuhl der Tabakscheune die Photovoltaikanlage überhaupt aushält.

Roland Herbold führt aus, dass der Dachstuhl dies aushält. Allerdings ist, wenn das Gerüst steht um die Photovoltaikanlage anzubringen, der Dachkandel noch zu erneuern.

Stadtrat Erhard Rupprecht ist der Meinung, dass die Photovoltaikanlage vom Kindergarten Untergimpfern auch auf dem Dach der Werkzeughalle im städtischen Bauhof montiert werden kann. Roland Herbold erwidert, dass dies möglich ist, sofern der Platz dort ausreicht.

Stadtrat Thomas Mayer teilt mit, dass er die Aufbringung der Photovoltaikanlage auf der Tabakscheune als sinnvoller erachtet, setzt aber für die Erweiterung der Anlage eine Wirtschaftlichkeitsberechnung voraus.

Stadtrat Peter Haffelder stellt fest, dass sich die Mitglieder des Gemeinderats darüber einig sind, dass die Photovoltaikanlage am Kindergarten Untergimpfern entfernt werden muss, und an einem sinnvollen Platz mit den geringsten Kosten wieder montiert wird. Er spricht sich dafür aus, dass die Anlage in Untergimpfern abgebaut und die Erweiterung der Anlage wegen der Wirtschaftlichkeit berechnet wird.

Bürgermeisterin Tanja Grether erklärt, dass wenn die Mittel nicht im Haushalt aufgenommen werden, auch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine neue Photovoltaikanlage notwendig ist.

Stadtrat Peter Haffelder fügt an, dass der Gemeinderat über die neue Photovoltaikanlage ohnehin abstimmen muss.

Stadträtin Karin Bender gibt zu verstehen, dass der Haushaltsplanentwurf viele Maßnahmen enthält, über die noch zu beraten ist. Auch sie hat manche Positionen, bei denen sie dagegen stimmen könnte. Allerdings wird im Laufe des Haushaltsjahres über diese Investitionen ohnehin nochmal beraten, ob diese überhaupt durchgeführt werden sollen. In der heutigen Tischvorlage befinden sich sehr viele neue Zahlen weshalb sie befürchtet, dass die aufgeführten Positionen nicht in einem Jahr bewältigt werden können, angefangen von der Weinbergstraße bis hin zum Klimaschutz. Sie hat das Gefühl, dass die Verwaltung in den Haushalt 2014 so viele Maßnahmen hineinpackt, weil die Kredite günstig sind und diese im Jahr 2014 finanziert werden können. Nicht begonnene Maßnahmen sollen dann in das nächste Jahr mit übernommen werden.

Stadtrat Rüdiger Knapp begrüßt die vorgeschlagenen Investitionen und stellt fest, dass die Einnahmen in den Haushalten 2015 und 2016 massiv rückläufig sind. Wenn die Ausführungen der Verwaltung zutreffen, werden in diesen Jahren keine Investitionen möglich sein. Aus diesem Grund findet er es richtig, im Jahr 2014 viele Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um diese dann 2015 oder 2016 abzuwickeln.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt fest, dass es sich lediglich um einen Plan handelt, wobei er die Hoffnung zum Ausdruck bringt, dass alle aufgeführten Maßnahmen auch im Laufe des Jahres 2014 bewerkstelligt werden können. Für die neuen Photovoltaikanlagen wird auf jeden Fall eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt, wobei er heute noch keine Aussagen zu eventuellen Zuschüssen geben kann, die sich ja monatlich gem. dem EEG ändern. Die genaue Förderquote kann erst korrekt ermittelt werden, wenn klar ist, ob und wann die Photovoltaikanlage angebracht werden soll. Vielleicht wird es auch so sein, dass diese Investition nicht getätigt wird. Im Planentwurf sind des Weiteren auch Maßnahmen enthalten, die für die Verwaltung leicht abzuwickeln sind.

Bei der Aufbringung einer Photovoltaikanlage ist lediglich ein Auftrag zu vergeben und die Investition später abzunehmen. Bei Kanal- und Straßensanierungen hingegen ist der Technische Beschäftigte Roland Herbold viel stärker gefordert.

Manche der aufgeführten Maßnahmen müssen in 2014 vielleicht noch gar nicht in Angriff genommen werden, bspw. die Breitbandversorgung, von der alle träumen, bald Glasfaser zu haben. Die veranschlagte Summe kann im Jahr 2014 finanziert werden, um die Maßnahme dann im Jahr 2015 wirklich durchzuführen. Nach den vorliegenden Berechnungen des Stadtkämmerers ist eine Finanzierung in 2015 nur schwer vorstellbar.

Jürgen Böhm verweist in diesem Zusammenhang auf die Erneuerung des Chemieschranks für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium. Diese Anschaffung konnte im Haushaltsjahr 2013 personell nicht umgesetzt werden. Die Mittel werden nun übertragen, um im Jahr 2014 die Angelegenheit anzugehen.

Stadtrat Gerold Rossel bedankt sich für die gute Erläuterung die verständlich machte, weshalb die Verwaltung so viele Positionen in den Planentwurf 2014 gepackt hat.

Zu den Ausgaben im Verwaltungshaushalt (VwHH), insbesondere zu den Erläuterungen des Verwaltungs- und Betriebsaufwand bittet er um Auskunft, weshalb diese Aufwendungen erheblich angestiegen sind.

Stadtkämmerer Harry Hack erläutert anhand der Gruppierungsübersicht, um welche Ausgaben es sich hier handelt. So sind insbesondere die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, sowie die Bewirtschaftung der Grundstücke und die Steuern und sonstigen Geschäftsausgaben kräftig angestiegen.

Zu den Anmerkungen zur Strompreiserhöhung stellt Stadtrat Gerold Rossel fest, dass die Erhöhung nicht nur den EEG-Zahlungen zuzuschreiben ist, sondern es dass hierfür auch andere Gründe gibt, die er gerne besser erläutert hätte.

Stadtkämmerer Harry Hack bemerkt, dass die genaueren Erläuterungen im ausgefertigten Haushaltsplan festgehalten werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass sich die Gebühreneinnahmen gegenüber dem letztjährigen Haushalt erheblich verringern. Er fragt nach, weshalb das Gebührenaufkommen geringer ausfällt.

Stadtkämmerer Harry Hack erläutert, dass dies insbesondere mit den geringeren Abschreibungen im Rahmen der Abwasserbeseitigung zusammenhängt. Bei der Kalkulation zur gesplitteten Abwassergebühr wurden Altkanäle mit aufgenommen, die nach 50 Jahren in der Anlagenbuchhaltung abgeschrieben sind. Um eine 100%-ige Kostendeckung zu haben, wurden auch die Gebühren verringert. Bei der künftigen Kalkulation der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren werden die Kosten entsprechend verrechnet, so dass es auch sein kann, dass eventuell die Gebührensätze zu reduzieren sind.

Stadträtin Karin Bender führt aus, dass wenn alle geplanten Ausgaben in den Haushalt 2014 eingearbeitet sind, die Rücklage auf null geht. Sie fragt nach, ob der Bestand der allgemeinen Rücklage dann ausreicht, um die verminderten Zuweisungen und erhöhten Umlagen auszugleichen, da durch die wohl nicht möglichen Investitionen in diesem Jahr auch keine Kredite aufgenommen werden können.

Stadtkämmerer Harry Hack erläutert ausführlich, wie sich die allgemeine Rücklage entwickeln wird und dass sich voraussichtlich Ende des Haushaltsjahres 2013 zirka 2,5 Mio. Euro in derselben befinden werden. Durch die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 750.000,00 € sind genügend Mittel vorhanden, um die verringerten Einnahmen bzw. erhöhten Ausgaben abzufangen. Im Übrigen kann die Kreditaufnahme auf drei Jahre „gestreckt“ werden, so dass durch die Haushaltsreste eine erhöhte Rücklage zu verzeichnen ist.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, was der Unterschied zwischen der „Jagdsteuer“ und der „Jagd-pacht“ ist.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Jagdsteuer an den Landkreis zu entrichten ist, die Jagdpacht der Kommune zur Verfügung steht.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, ob die veranschlagten Mittel zur Sanierung des Ziegelweges in Höhe von 100.000,00 € ausreichen.

Der Technische Beschäftigte Roland Herbold teilt mit, dass die 100.000,00 € für den Straßenbau vorgesehen sind, für die Kanalsanierung weitere Mittel bereits veranschlagt sind.

Stadtrat Peter Haffelder stellt fest, dass wenn der Ziegelweg saniert wird, auch die Biegelhofstraße mitgemacht werden muss.

Roland Herbold führt aus, dass diese Investition bereits im Nachtragshaushaltsplan 2013 finanziert ist.

Stadtrat Hans Peter Jelinek nimmt Bezug auf die Brückensanierung über den Rosenbach, die als separate Position im VmHH ausgewiesen ist. Er fragt nach, ob hier ein Zuschuss vom Hochwasserzweckverband zu erwarten ist, oder ob die Sanierung alleine Sache der Stadt Neckarbischofsheim ist.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Maßnahme in einen Zuschussantrag gepackt wird, da der Querschnitt der Brücke vergrößert werden soll.

Stadtrat Rüdiger Knapp nimmt Bezug auf die Investitionen im Bereich des Friedhofes, insbesondere im VwHH bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen. Er fragt nach, weshalb für die Unterhaltung der Grabkapelle 22.000,00 € und für historische Grabmäler 6.000,00 € aufgewendet werden und zusätzlich im VmHH noch Urnenstelen in Höhe von 30.000,00 € eingeplant sind.

Stadtrat Peter Haffelder bemerkt, ob die Sanierung der Grabkapelle nicht von anderen Kostenträgern übernommen werden können.

Bürgermeisterin Tanja Grether stellt fest, dass der Verein für Heimatpflege mit seinem Vorsitzenden Peter Beisel sich hier mit dem Denkmalamt in Verbindung gesetzt hat, um die Maßnahme durch Zuschüsse finanziert zu bekommen.

Stadtkämmerer Harry Hack erläutert, dass der Verein für Heimatpflege die Maßnahme federführend übernommen hat, um einen 50%-igen Zuschuss zu erhalten. Jeweils ein Viertel der Kosten von zirka 88.000,00 € für die Außenrenovierung wird vom Verein für Heimatpflege und der Stadt Neckarbischofsheim übernommen. Die Stadt Neckarbischofsheim hat hier die Zusage zur Übernahme der Kosten gegeben, damit der Zuschussantrag auf den Weg gebracht werden konnte. Sollte der Gemeinderat die Mittelbereitstellung ablehnen, ist der Zuschussantrag hinfällig. Die Verwaltung hofft jedoch, dass durch eingehende Spenden eine geringere finanzielle Beteiligung der Stadt Neckarbischofsheim notwendig wird.

Stadtrat Walter Freudenberger hegt Bedenken wegen der Erhaltung der Grabkapelle. Seiner Meinung nach haben die Grafen mehr Geld als die Stadt, weshalb diese die Sanierungskosten selbst tragen sollten. Er fragt sich, weshalb die Stadt Neckarbischofsheim die Grabkapelle erhalten soll, wenn anderswo auch Gräber entfernt werden.

Stadträtin Karin Bender bittet darum, dass sich der Gemeinderat im Laufe des Jahres 2014 in einer Klausurtagung über eine neue Friedhofskonzeption unterhält. Sie würde es begrüßen, im Friedhof ein paar neue Bäume oder Steine unterzubringen. Die letzte Konzeption ist schon einige Jahre her, weshalb sie sich eine neue Konzeption mit neuen Wegen usw. durchaus vorstellen könnte.

Auch zum Thema Feuerwehr Untergimpfern, das sicherlich auch abendfüllend ist, stellt sie sich aufgrund der eingestellten Planungskosten eine Konzeption zum weiteren Fortbestand der Untergimpfener Abteilungswehr vor.

Bürgermeisterin Tanja Grether stellt fest, dass die Konzeption noch zu erstellen ist.

Zum Sonderetat des Adolf-Schmittthener-Gymnasium im VmHH führt Stadträtin Karin Bender auf, dass sie mit diesem nicht einverstanden ist, da auch die Schule in den finanziell schlechten Zeiten zu Einsparungen verpflichtet war. Die Aufstockung des Budgetbetrags von 19% auf 22% kann sie nachvollziehen, nachdem sich die Haushaltslage der Stadt Neckarbischofsheim verbessert hat.

Stadtkämmerer Harry Hack erläutert, dass er zusammen mit der Schulleitung den Schuletat für das Haushaltsjahr 2014 ausführlich besprochen hat. Durch die Reduzierung des Schulbudgets in den letzten Jahren hat das Gymnasium ein Defizit in Höhe von rund 21.000,00 € erwirtschaftet. Mit der Schulleitung wurde aus diesem Grund vereinbart, dass aus dem erhöhten Schulbudget entsprechende Einsparungen im Jahr 2014 zu tätigen sind, um das Defizit zu verringern. Nachdem durch die Einführung des G9 weitere Schulbuchbeschaffungen notwendig sind, was das Schulbudget erheblich belastet, wurde auf Grund der derzeit guten finanziellen Haushaltslage der Sonderetat in Höhe von 18.500,00 € veranschlagt mit der Maßgabe, dass der Gemeinderat diesem zustimmen muss. Sollte der Gemeinderat den Sonderposten ablehnen, sind die Anschaffungen entweder auf künftige Jahre zu verschieben, oder aus dem zur Verfügung gestellten Budget zu finanzieren.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass sich durch die gestiegenen Schülerzahlen auch die Zuweisungen für das Gymnasium erhöhen.

Er fragt aus diesem Grunde nach, wie sich diese erhöhten Zuweisungen auf den Schuletat auswirken.

Stadtkämmerer Harry Hack stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim für das Haushaltsjahr 2014 je Schüler 592,00 € erhält. Dies bedeutet, dass sich das Schulbudget bei 22% auch erhöht. Aus diesem Grund könnte auch der Prozentsatz entsprechend reduziert werden. In früheren Jahren hat der Schulleiter bei der Feststellung der Jahresrechnung sein Budget erläutert. Dies könnte künftig wieder eingeführt werden, so dass der Schulleiter Harald Frommknecht dem Gemeinderat die Einnahmen und Ausgaben entsprechend erläutert. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt an, dass das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium in den letzten Jahren Einsparungen getätigt hat, hierbei allerdings ein Finanzierungsstau erfolgte. Auch er spricht sich dafür aus, dass der Schulleiter dem Gemeinderat das Budget künftig erläutert.

Stadtrat Hans Peter Jelinek verweist auf die Planungskosten zur Einrichtung eines Alarmierungssystems im Schulzentrum und zeigt sich erschrocken über die Höhe der Kosten. Er fragt nach was den Gemeinderat wohl erwartet, wenn das Alarmierungssystem eingerichtet wird. Nachdem 25.000,00 € für die Planung kein Pappentier ist bittet er um Auskunft, ob ein solches System so teuer sein muss, oder ob es Alternativen hierzu gibt.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erklärt, dass die Planungskosten lediglich eine „Hausnummer“ sind und aus den Planungskosten der letzten Jahre für andere Maßnahmen übernommen wurde. Ein Angebot eines Ingenieurbüros liegt der Verwaltung hier nicht vor. Im Schulzentrum sind insgesamt 8 Gebäude bei der Einrichtung des Alarmierungssystems miteinander zu verbinden. Alle Gebäude sind bisher noch nicht miteinander vernetzt.

Stadtkämmerer Harry Hack weist darauf hin, dass nicht benötigte Planungskosten in die Investition des Alarmierungssystems übernommen werden können.

Stadtrat Hans Peter Jelinek teilt die von der Verwaltung optimistisch angestrebte Zuschussquote in Höhe von 70% für die anstehenden Maßnahmen im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium nicht. Aus diesem Grund fragt er nach, ob dieser Zuschuss, insbesondere wegen dem hohen Auswärtigenanteil, erwartet werden kann.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass in den letzten Jahren immer ein 70%-iger Zuschuss beim Ausgleichstock beantragt wurde, was realistisch war. Seit dem Jahre 2013 wird lediglich noch ein Zuschussantrag der Stadt bezuschusst. Dies wird sich in der Zukunft auch nicht ändern. Aus diesem Grund wird die Verwaltung bei der Zuschussbeantragung 2014 dahingehend argumentieren, dass die Stadt Neckarbischofsheim einen Zuschuss für eine Kommunalmaßnahme (Weinbergstraße) und eine schulische Maßnahme (Brandschutz) erhält. Die Verwaltung hofft, dass der Ausgleichstock dies anerkennt, da das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium überregional tätig ist. Es ist zwar nur eine Hoffnung, aber es sind auch gute Gründe, um einen zweiten Zuschuss vom Ausgleichstock zu erhalten.

Bürgermeisterin Tanja Grether unterstützt die Argumentation, mit der die Stadt Neckarbischofsheim an den Ausgleichstock herantreten möchte, um den zweiten Zuschuss zu erhalten. Stadtrat Hans Peter Jelinek sieht für das Jahr 2014 nicht das Problem, einen weiteren Zuschuss vom Ausgleichstock zu erhalten, befürchtet allerdings, dass dies in Zukunft wohl nicht mehr gelingen wird.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim beim Ausgleichstock immer einen vorzeitigen Baubeginn beantragt hat. Im Haushaltsjahr 2013 wurde dieser vorzeitige Baubeginn auch für die Sanierung der Gartenstraße beantragt, wobei eine Bezuschussung nun nicht genehmigt wurde. Somit kann der Zeitvorteil, den man bei solchen Maßnahmen hatte, zukünftig nicht mehr genutzt werden. Die vorgesehenen Maßnahmen im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium (Brandschutztüren) sind nicht wetterabhängig und können auch im Winter durchgeführt werden. Straßenbaumaßnahmen sind eher im Frühjahr/Sommer vorzunehmen, wobei erst im Juli die Sondersitzung des Ausgleichstock erfolgt und man deshalb nicht weiß, ob der Zuschuss auch wirklich gewährt wird.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, weshalb keine Mittel für den vorgesehenen Abriss der Stadthalle im Planentwurf veranschlagt sind.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt fest, dass die Mittel im Rahmen des Landessanierungsprogramms zur Verfügung stehen.

Bürgermeisterin Tanja Grether ergänzt, dass die Maßnahme bereits im Haushaltsjahr 2013 finanziert ist.

Stadträtin Karin Bender nimmt Bezug auf die Anmerkung des Stadtkämmerers zu den Partnerschaften und findet die Idee, die Partnerschaft mit der französischen Partnerstadt mehr auf die Vereinsebene zu verlagern nicht schlecht. Die Neckarbischofsheimer Vereine werden wohl nicht „Hurra“ schreien, dennoch sollte die Vorgehensweise mit der Bezuschussung ausprobiert werden um die Partnerschaft wieder zu beleben.

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf den Besuch der TTG Neckarbischofsheim im Jahr 2013 und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Partnerschaft mehr in den Bereich der Vereine zu legen und zu fördern. Vor allem bei größeren Partnerschaftsveranstaltungen sollte der Etat dann um einige tausend Euro erhöht werden.

Bürgermeisterin Tanja Grether stellt zum Abschluss der Diskussion über den Haushaltsplanentwurf fest, dass dieser als Vorsorge für die kommenden Jahre geplant ist, um die Stadt Neckarbischofsheim handlungsfähig zu machen. Für das Haushaltsjahr 2015 ist noch nicht bekannt, wie schlimm dieses für die Stadt werden wird. Dadurch, dass 2015 wohl keine Investitionen getätigt werden können, sind auch keine Kreditaufnahmen möglich, weshalb die vom Landratsamt zugesagte Kreditermächtigung in Höhe von 750.000,00 € für das Haushaltsjahr 2014 in Anspruch genommen werden sollte.

Stadtrat Hans Peter Jelinek nimmt Bezug auf die Kalkulation des Stadtkämmerers zu den Auswirkungen einer Reduzierung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer. Bei den Haushaltsberatungen in den finanziell schlechten Jahren wurde angeregt, in guten Jahren den Bürgern wieder ein klein wenig zurückzugeben. Die Kalkulation des Kämmereiamtes weisen hier keine riesigen Beträge aus, weshalb es für ihn in Erwägung kommt, in dem Zeitraum in dem es der Stadt Neckarbischofsheim besser geht, eine Reduzierung der Hebesätze ins Auge zu fassen. So sollte zumindest bei der nächsten Haushaltsberatung 2015 über die Reduzierung diskutiert werden.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass das Kommunalrechtsamt der Stadt Neckarbischofsheim von einer Reduzierung der Hebesätze dringend abgeraten hat, nachdem das Haushaltsjahr 2015 sehr schwierig wird.

Stadtrat Thomas Mayer befürchtet, dass wenn sich die Einnahmen in den späteren Jahren wieder verringern eine noch kräftigere Erhöhung der Hebesätze notwendig ist, um die Einnahmen zu generieren, wenn jetzt eine Hebesatzreduzierung vorgenommen wird.

Stadtrat Norbert Benz zeigt sich verärgert über die Aussage des früheren Bürgermeisters Hans-Joachim Vogt, der bei den damaligen Haushaltsberatungen ausgeführt hat, dass wenn es der Stadt Neckarbischofsheim finanziell wieder besser geht, die Hebesätze wieder nach unten korrigiert werden können.

Bürgermeisterin Tanja Grether bemerkt, dass in den letzten Jahren ein Investitionsstau erfolgt ist, weshalb in den nächsten Jahren viele Maßnahmen angegangen werden müssen und die Einnahmen hier stabil bleiben müssen. Außerdem wäre eine Reduzierung der Hebesätze wie eine Achterbahnfahrt für die Bürger, wenn diese dann wieder anzuheben sind.

Stadtrat Hans Peter Jelinek findet, dass die Einsparungen in Höhe von 55.000,00 € für die Bürger eine Geste wären und die Reduzierung bei der Grundsteuer beim Finanzausgleich 2016 nicht die Welt ausmacht, weshalb er sich für eine Hebesatzänderung um 50. v.H. auf 435 v.H. ausspricht.

Stadtrat Hans Rossel war schon damals in der Sitzung klar, dass eine Steuer die erhöht wird, nicht zurückgenommen wird.

Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Ansicht, dass die Hebesatzreduzierung nur von kurzfristiger Dauer ist. Außerdem ist der administrative Aufwand für die Verwaltung sehr hoch. Im Übrigen erfolgt für den einzelnen Bürger lediglich eine Einsparung zwischen 2 - 5 Euro im Jahr.

Bürgermeisterin Tanja Grether bestätigt die Ausführungen von Stadtrat Knapp, dass für den einzelnen Bürger bei einer Hebesatz-Reduzierung nicht viel herausspringt.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass wenn die Mehrheit des Gemeinderats die Beibehaltung der Hebesätze möchte, dies so belassen werden sollte, da der Stadtkämmerer für die Ausfertigung des Haushaltsplans eine klare Aussage benötigt.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass seine Fraktion in der heutigen Sitzung keine Entscheidung über eine Hebesatzänderung treffen wird.

Stadtkämmerer Harry Hack führt aus, dass der Gemeinderat in der heutigen Sitzung durchaus einen Beschluss zur Reduzierung der Hebesätze treffen kann, nachdem in der letzten Sitzung dem Gemeinderat eine ausführliche Ausarbeitung über die Auswirkungen einer Hebesatzänderung vorgelegt wurde. Die Entscheidung wird dann in den Haushaltsplan eingearbeitet und die Haushaltssatzung entsprechend ausgefertigt.

Stadtrat Norbert Benz stellt sodann den Antrag, die Grundsteuer A und B um 50 v.H., von 485 v.H. auf 435 v.H. zu reduzieren.

Stadtrat Erhard Rupprecht hat ebenfalls noch Probleme mit der damaligen Äußerung des Bürgermeisters, dass bei einer besseren finanziellen Haushaltssituation eine Reduzierung der Hebesätze möglich ist.

Stadtrat Norbert Benz fügt an, dass es damals „5 vor 12“ war, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten. Nach seinem Empfinden war das damals ein Schnellschuss des Gemeinderats, weshalb der Gemeinderat nun dem Bürger zeigen kann, dass man sich mit einer Reduzierung des Hebesatzes beschäftigt.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Verwaltung in den finanziell schlechten Jahren sehen musste, wie die Haushalte zu finanzieren sind. Auch gegenüber dem Ausgleichsstock musste ein Zeichen gesetzt werden, dass die Stadt Neckarbischofsheim gewillt ist, die notwendigen Ausgaben mit zusätzlichen Einnahmen selbst zu finanzieren.

Stadtrat Norbert Benz fügt an, dass in der damaligen Zeit bereits ein Rückstand der Hebesätze zu anderen Kommunen bestand, jedoch dann die Hebesätze kräftig erhöht wurden.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm bemerkt, dass die Erhöhung der Grundsteuer ein berechtigtes Mittel war, um die bestehende Infrastruktur zu erhalten.

Bürgermeisterin Tanja Grether rät zur Vorsicht bei einer Reduzierung der Hebesätze, da nicht geklärt ist, was die Definition eines guten Jahres ist. Sollten die Einnahmen wegbrechen, dann hat die Stadt Neckarbischofsheim wieder das Problem, die Hebesätze zu erhöhen.

Stadtrat Peter Haffelder führt aus, dass er selbst ein Freund der Senkung der Hebesätze ist, weil dies vor Jahren auch nach außen hin kommuniziert wurde. Allerdings trifft die Reduzierung die Stadt in den kommenden zwei Jahren doppelt. Im Moment wird dem Bürger suggeriert, wie gut die finanzielle Lage der Stadt Neckarbischofsheim ist, und in zwei Jahren wird der Bürger dann doppelt belastet.

Stadtrat Hans Rossel führt aus, dass die Senkung der Grundsteuer nach außen hin gut verkauft werden kann. Im Endeffekt macht es sich bei jedem jedoch nicht spürbar bemerkbar, da der Bürger keinen Geldsegen erwarten kann.

Stadtrat Rüdiger Knapp weist darauf hin, dass die finanzielle Lage der Stadt Neckarbischofsheim nicht stabil genug ist, um eine Reduzierung der Hebesätze vorzunehmen, weshalb diese für ihn keinen Sinn macht.

Stadträtin Heike Jacobs fügt an, dass es für sie Sinn machen würde, die Hebesätze zu reduzieren wenn der Stadt bekannt wäre, dass es ihr auch in fünf Jahren noch gut geht.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim nach den vorliegenden Zahlen die Hebesatzänderung locker verschmerzen kann.

Abstimmung über den Antrag, die Realsteuerhebesätze für die Grundsteuer A und B von 485 v.H. um 50 v.H. auf 435 v.H. zum 1. Januar 2014 zu verringern: **7 Ja 7 Nein**

Bürgermeisterin Tanja Grether stellt zum Abschluss der Haushaltsberatung fest, dass die vorliegenden Zahlen aus der Tischvorlage in den Haushaltsplan eingearbeitet werden, so dass in der Januar-Sitzung 2014 der Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan gefasst werden kann.

04. Neufestsetzung der Abrechnungssätze für die Beschäftigten im städtischen Bauhof **hier: Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der Neufestsetzung der Abrechnungssätze für die Beschäftigten im städtischen Bauhof zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Anpassung der Stundensätze für die Arbeiter des städtischen Bauhofes zum 1. Januar 2014 wie folgt zu:
Bauhofarbeiter 39,50 €, Bauhofleiter 49,00 €.

Abstimmung: 14 Ja

05. Friedhofsatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) der Stadt Neckarbischofsheim**hier: Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Friedhofsatzung**

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der Änderung der Friedhofsatzung zuzustimmen. Die Anpassung der Friedhofsgebühren wurde vom Stadtkämmerer entsprechend kalkuliert, die Änderungen der Friedhofsatzung sind in kursiver Schrift dargestellt.

Stadtkämmerer Harry Hack führt aus, dass von der Stadtkämmerei in jedem Jahr die Friedhofsgebühren nach der Vorgabe der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (5-Jahres-Zeitraum) kalkuliert werden. Auf Grund der hohen Kosten, die durch die Bestattungen und Pflegeleistungen auch in den Vorjahren wieder erfolgten, schlägt die Verwaltung vor, die Friedhofsgebühren lediglich um 50% der eigentlich zu erhöhenden Gebühr zu erhöhen.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, was die Vorschrift „in der Nähe“ bedeutet, keine Arbeiten bei Bestattungen auszuführen, bspw. nebenan im Baugebiet, dass hier nicht betoniert werden darf.

Bürgermeisterin Tanja Grether weist darauf hin, dass die störenden Tätigkeiten nicht auf dem Friedhofsgelände ausgeführt werden dürfen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bittet um Auskunft, wie viele Verstorbene es im Kalkulationsjahr 2013 in Neckarbischofsheim überhaupt gab, nachdem nur 23 Bestattungen bis Ende November zu verzeichnen waren. Für ihn stellt sich die Frage deshalb, um zu sehen, ob es eine größere Abwanderung, bspw. in den Ruhehain nach Reichartshausen gibt. Außerdem können mit diesen Zahlen entsprechende Friedhofskonzepte angegangen werden.

Stadtkämmerer Harry Hack teilt mit, dass dem Gemeinderat die entsprechenden Zahlen nach gereicht werden.

Stadtrat Norbert Benz stellt fest, dass es sich beim neu aufgenommenen Paragraphen 19a um ein heikles Thema handelt und bittet um Auskunft, weshalb dieser in die Friedhofsatzung aufgenommen wurde.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass in Baden-Württemberg bereits ein Fall aufgetreten ist, weshalb diese Thematik mehr und mehr in Friedhofsatzungen – nach dem Satzungsmuster des Gemeindetags Baden-Württemberg – aufgenommen wird.

Stadtrat Norbert Benz stellt fest, dass in der Trauerzeit die Angehörigen andere Dinge im Kopf haben, als der Verwaltung eine Bescheinigung für den Grabstein vorzulegen, dass dieser nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammt.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Steinmetzbetriebe, die auf dem Friedhof tätig sind, gegenüber der Stadt Neckarbischofsheim dokumentieren müssen, dass deren Grabsteine nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Wie dies jedoch von der Friedhofsverwaltung kontrolliert werden kann, ist nicht zu beantworten. Mit der Vorschrift geht es lediglich um die Verpflichtung, diese Steine auf dem Friedhof nicht aufzubringen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) der Stadt Neckarbischofsheim zu. Die Satzung tritt zum 1. Januar 2014 in Kraft.

Abstimmung: 13 Ja 1 Nein

06. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2013**hier: Genehmigung der eingegangenen Spenden durch den Gemeinderat**

Bürgermeisterin Tanja Grether und Stadtrat Norbert Benz sind bei diesem TOP befangen und verlassen den Sitzungstisch und begeben sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister-Stellvertreterin Karin Bender übernimmt den Vorsitz im Gemeinderat. Sie verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass über die Spenden bis zum 30. Juni 2013, wegen der damaligen Befangenheit von Stadtrat Norbert Benz, nochmals abzustimmen ist. Des Weiteren erläutert sie in kurzen Worten die neu eingegangenen Spenden und bittet den Gemeinderat um Genehmigung der eingegangenen Spenden bis zum 30. November 2013.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim genehmigt die eingegangenen Spenden in Höhe von 36.953,76 € aufgrund der Richtlinien von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2013.

Abstimmung: 12 Ja

07. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 19.11.2013

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Abschluss eines Arbeitsvertrages mit Herrn Wolfgang Belz, Badeaufsicht im städtischen Hallenbad, für den Zeitraum von September bis Mai eines jeden Jahres zu. Die Wochenarbeitszeit beträgt 19,00 Stunden. Gleichzeitig stimmt der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim rückwirkend der Änderung des Arbeitsvertrages mit Herrn Wolfgang Belz für den Zeitraum vom Januar bis Mai 2013 von einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis (19 Wochenarbeitsstunden) zu.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einstellung von Herrn Heiko Mollner, Neckarbischofsheim, als technischer Beschäftigter im Hallenbad und im Rathaus der Stadt Neckarbischofsheim, wenn möglich zum 1. Dezember 2013 zu. Herr Mollner wird in die Entgeltgruppe 5, Stufe 2, TVöD, eingruppiert.

Anmerkung: Die Einstellung von Herrn Mollner erfolgt zum 16. Dezember 2013.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Abschluss eines Änderungsvertrages mit Frau Saskia Hilpert als Teilzeitkraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 23,00 Std. im Kindergarten am Krebsbach rückwirkend ab dem 1. November 2013 zu.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Abschluss eines Änderungsvertrages mit Frau Sabine Becker als Teilzeitkraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 27,50 Std. im Kommunalen Kindergarten Helmhof rückwirkend ab dem 1. November 2013 zu.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Abschluss eines Arbeitsvertrages mit Frau Sabrina Edelmann als Teilzeitkraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 23,00 Std. im Kommunalen Kindergarten Helmhof rückwirkend ab dem 1. November 2013 zu.

08. Bekanntgaben

22. Nikolausmarkt in Neckarbischofsheim

Bürgermeisterin Tanja Grether bedankt sich bei dem Team - bestehend aus Vertretern des Karate-Dojo-Vereins und des Budo-Clubs Neckarbischofsheim in Zusammenarbeit mit dem Verein PRO Neckarbischofsheim -, das die Organisation des Nikolausmarktes in diesem Jahr zum zweiten Mal übernommen hat, ganz herzlich. In diesen Dank schließt sie auch die Bauhofmitarbeiter ein, die den Nikolausmarkt tatkräftig unterstützt haben.

Danken möchte sie insbesondere auch den Vereinen, Firmen und Musik- und Chorgruppen, die am Samstag trotz Regen und Kälte mit einem Stand vertreten waren oder den Nikolausmarkt mit kulturellen Beiträgen bereichert haben. Leider war die Besucherresonanz nicht so zahlreich wie im letzten Jahr, was sicherlich auch dem schlechten Wetter geschuldet war.

Personalrat der Stadt Neckarbischofsheim

Ende November wurde bei der Stadtverwaltung Neckarbischofsheim ein neuer Personalrat gewählt. Zur Wahl standen drei Personen. Gewählt wurden Petra Sieß (18 Stimmen), Stephan Eckert (20 Stimmen), Herbert Hauck (25 Stimmen).

Bei der ersten Sitzung des Personalrates wurde Herbert Hauck als Vorsitzender bestimmt.

Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt der Stadt Neckarbischofsheim findet am Dienstag, 17. Dezember 2013 um 19.30 Uhr im Besprechungszimmer des Rathauses, Alexandergasse 2 in Neckarbischofsheim statt. Die Tagesordnung mit den Sitzungsunterlagen wurde den Ausschussmitgliedern heute verteilt.

Rathaus und städtischer Bauhof geschlossen

Das Rathaus sowie der Bauhof der Stadt Neckarbischofsheim sind vom Montag, 23. Dezember 2013 bis einschließlich Montag, 6. Januar 2014 aufgrund der Feiertage für den Publikumsverkehr geschlossen. Bei dringenden standesamtlichen Notfällen ist der Standesbeamte Daniel Schneider telefonisch erreichbar.

Sprechstunde des Revierleiters

Im Zeitraum vom Mittwoch, 18. Dezember 2013 bis einschließlich Dienstag, 7. Januar 2014 findet keine Sprechstunde des Revierleiters Tobias Dörre statt. Die nächste Sprechstunde hält Tobias Dörre im neuen Jahr, am Mittwoch, 8. Januar 2014 in der Zeit von 17.15 Uhr bis 18 Uhr im Besprechungszimmer im Rathaus, Alexandergasse 2 in Neckarbischofsheim ab.

Bürger-WLAN rund um das Rathaus

Die Stadt Neckarbischofsheim hat im Bereich des Rathauses ein Bürger-WLAN eingerichtet, welches den Bürgern aus Neckarbischofsheim die Möglichkeit bietet sich mit einem Mobilgerät (z.B. Notebook, Smartphone, Tablet) in das Internet einzuloggen – und das völlig kostenlos. Sobald man in der Nähe des Rathauses auf Verbindungssuche geht, taucht der Sender „Bürger WLAN“ auf. Beim ersten Besuch muss man sich mit dem Passwort „WLAN2013“ einloggen und schon befindet man sich im World Wide Web.

Einladung zum Neujahrsempfang

Der Neujahrsempfang 2014 findet am Sonntag, 12. Januar 2014 um 17.00 Uhr im ,s Kulturhaus Stadthalle statt. Hierzu sind die Mitglieder des Gemeinderats schon heute recht herzlich eingeladen. Eine schriftliche Einladung folgt noch.

09. Anfragen des Gemeinderats

Stadträtin Karin Bender fragt nach, weshalb im Sitzungskalender 2014 keine Gemeinderats-sitzung im Monat März stattfindet.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass wegen den Faschingsferien keine Sitzung stattfindet. Außerdem wurde gleich zu Beginn des Monats April 2014 eine Sitzung eingeplant. In der nichtöffentlichen Sitzung soll der Sitzungsplan nochmals genauer besprochen werden.

Stadtrat Steffen Scherb weist darauf hin, dass die Klausurtagung 2014 in das letzte Wochenende der Sommerferien fällt.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass der Termin falsch eingetragen ist, da die Klausurtagung für das Wochenende 10. und 11. Oktober 2014 vorgesehen ist.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, wann die Einführung des neuen Gemeinderats stattfindet.

Stadtkämmerer Harry Hack teilt mit, dass dies voraussichtlich in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im September 2014 sein wird, allerdings wird er sich beim Gemeindetag Baden-Württemberg über den frühestmöglichen Termin zur Verpflichtung des Gemeinderats informieren.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zum Abschluss der Sitzung wünscht Bürgermeisterin Tanja Grether den anwesenden Zuhörern eine schöne Adventszeit, sowie ein schönes Weihnachtsfest verbunden mit einem guten Start in das neue Jahr.

Vorsitzende:

Schriefführer:

Urkundspersonen: